

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis 5 Pfennig bei Vorbestellung monatlich 4,50 Mk., durch unsere Ausreiter zugeworfen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6,50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15,75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postenstellen und Postämter sowie unsere Ausreiter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Informationspreis 1 Mk. für die 6 gelbblauen Korpuszettel oder deren Raum, Anzeigen, die 2 halbjährige Korpuszettel 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeitungs-Korpuszettel 3 Mk. Nachbestellung-Gebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wilsdruff, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 206.

Sonnabend den 3. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Der bei der Lohnzahlung einzubehaltende Steuerbetrag

ist nach einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen von jetzt ab auch bei wöchentlichen und monatlichen Lohnzahlungen, also nunmehr in allen Fällen, auf volle 10 Pfennig nach unten abzurunden. Die bisher bei Lohnzahlungen für eine Woche oder einen längeren Zeitraum vorgeschriebene Abrundung auf eine volle Mark nach unten ist nicht mehr statthaft.

Wilsdruff, am 1. September 1921.

Der Stadtrat.

Die Pflichtfeuerwehr Grumbach hält Sonnabend den 3. September eine Übung ab.

Stellen nachmittags punkt 5 Uhr am Spritzenhaus. Alle männlichen Einwohner vom 23. bis 35. Lebensjahre und alle anderen, die sich im Besitze einer weißen oder roten Binde befinden, haben sich zu dieser Übung einzufinden. Nichterschienen oder unentschuldigtes oder nach § 22 der Feuerlöschordnung unbegründetes Fernbleiben wird nach § 25 der Feuerlöschordnung bestraft. Begründete und eventuell behäftigte Entschuldigungen sind spätestens 48 Stunden nach der Übung beim Unterzeichneten schriftlich anzubringen. Die Binden sind anzulegen. Grumbach, am 2. September 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Völkerrundrat soll beschließen, eine neutrale Sachverständigenkommission zur Beurteilung der oberösterreichischen Frage zu ernennen.
- * In Wiberach erfolgte die Beisetzung Erzbergers, wobei der Reichskanzler eine beachtenswerte politische Rede hielt.
- * Der Belagerungszustand in Groß-Strehlitz und Stadt und Landkreis Gleiwitz ist aufgehoben worden.
- * Der Deutschnationaler Parteitag ist in München eröffnet worden.
- * Nach einer Entscheidung des Oberkommissars ist für die Einreise in Danzig ein polnischer Sichtvermerk nicht erforderlich.

„Deutsches Volk, wache auf!“

Das Drama von Griesbach ist zu Ende. In Wiberach ist der ermordete Abgeordnete Erzberger unter großer Teilnahme der Bevölkerung, seiner politischen Freunde und der Reichsregierung zur letzten Ruhe beigesetzt worden, während gleichzeitig in Berlin und in zahlreichen anderen großen Städten des Reiches viele Hunderttausende sich zu eindrucksvollen Kundgebungen vereinigten, die dem Abscheu vor der Mordtat und dem festen Willen Ausdruck geben sollten, die staatliche Ordnung gegen alle Angriffe zu schützen. Der Reichskanzler hat am Grabe seines ermordeten Parteifreundes eine Rede gehalten, die neben dem rein menschlichen Empfinden, welches sich angesichts eines so tragischen Todes ausdrückt, die politischen Rückschlüsse der verabscheuungswürdigen Tat in großen Zügen kennzeichnete. Er würdigte die Tätigkeit Erzbergers seit seinem Auftreten bei den Waffenstillstandsverhandlungen und bei den Friedensverhandlungen, wies ferner darauf hin, was Erzberger bei der Neuordnung des deutschen Finanzwesens erstrebt und geleistet hat, und verteidigte schließlich den Verstorbenen gegen alle die zahlreichen Angriffe, die von seinen politischen Gegnern gegen ihn gerichtet wurden. Nicht Rache für den Mord sei es, was uns am Grabe besetzen dürfe, so meinte der Kanzler, sondern vielmehr ein leidenschaftsloses, aber um so liebevolleres Bedenken an das Vaterland, das vor der Gefahr des Chaos und der Kleinstaaterei bewahrt werden müsse. „Deutsches Volk, wache auf!“ so rief der Kanzler aus, „schütze alle die ab, die dich aufs neue in schwere Bedrängnis bringen wollen, und folge dem Stern des neuen Staatsgedankens, der dich den Weg zur neuen Freiheit finden läßt!“

Wenn diese Worte des Kanzlers überall richtig verstanden, und wenn sie nicht unter dem Gesichtspunkte beschränkter Parteipolitik, sondern in dem Bestreben, dem gemeinsamen Vaterlande zu dienen, ausgelegt werden, dann darf man wohl hoffen, daß sie dazu beitragen, die deutsche Politik aus dem Zustande fieberhafter Erregung, in den sie durch das Attentat von Griesbach versetzt wurde, wieder in die ruhigeren Bahnen sachlicher Arbeit und gegenseitiger Verständigung geleitet werden. Gewiß waren schon seit längerer Zeit innere Spannungen zwischen den einzelnen politischen Gruppen vorhanden, die nun, bevor sie reif wurden, durch die Revolverschüsse der Attentäter vorzeitig zur Explosion gekommen sind. In der ersten gewaltigen Erregung, die das ganze Volk ohne Unterschied der Partei bei der Kunde von der Mordtat ergriff, ist manches gesagt und getan worden, was über das Ziel hinausgeschoss. Noch sind die Mörder und ihre Beweggründe zu der verdammenstwertesten Tat ebensowenig bekannt wie die politischen Beziehungen, die die Täter vielleicht haben mögen, und doch hat sich ein beispielloser Sturm gegen alle rechtsstehenden politischen Gruppen erhoben, nur weil diese die Gegner des Ermordeten waren. Die Regierung ist sofort mit einer Verordnung hervorgetreten, die den ausführenden Behörden außergewöhnliche Machtbefugnisse zur Unterdrückung aller staatsfeindlichen Regungen in die Hand gibt. Daß solche Schritte angesichts der inner- wie außerpolitischen Spannung überhaupt ergriffen werden, ist durchaus zu billigen, denn es ist die Pflicht jeder Regierung, in außergewöhnlichen Verhältnissen — und solche sind durch das Attentat zweifellos hervorgerufen worden — auch mit starker Hand außergewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen. Aber bei einigermaßen wiederkehrender Besinnung muß dann auch für eine sachliche, unparteiische Handhabung dieser verschärften Waffen gesorgt werden.

Das neue Deutschland kann nur bestehen auf christlich-sozialer Grundlage. Unter Staat wird ein Volkstaat sein, aber er wird nicht sein!“ hat der Kanzler weiter gesagt. Damit befindet er sich im Einklang mit allen

Parteien, die überhaupt eine sachliche, ernsthafte Politik treiben. Gerade deshalb muß aber darauf geachtet werden, daß auch alle Feinde der staatlichen Ordnung die Wirkung der neuen Maßnahmen zu fühlen bekommen. Wenn man jetzt von sozialdemokratischer Seite behauptet, eine kommunistische Gefahr bestehe überhaupt nicht mehr und die Kommunisten seien ganz zahm geworden, während man doch gleichzeitig die kommunistischen Anregungen zur Bildung einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft als Störung durch vertrauensunwürdige Elemente zurückweist, so liegt darin ein Widerspruch, der nur mit der Stellungnahme „gegen rechts“ erklärt werden kann. Eine solche Einseitigkeit aber muß vermieden werden, wenn das deutsche Volk im Sinne des Kanzlers erwachen und seinen rechten Weg erkennen soll.

Die Massenversammlungen, die zur Stunde der Beerdigung nicht nur in Berlin, sondern auch in vielen anderen großen deutschen Städten stattfanden, sind überall nach übereinstimmenden Berichten ohne Zwischenfälle und in musterhafter Disziplin verlaufen, ein Beweis dafür, daß der Sinn für Ordnung und Einigkeit sich im Volke erfreulicherweise wieder zu heben beginnt. Mit der Beruhigung der Stimmung wird auch die Erkenntnis wieder eintreten, daß man zur nutzbringenden Arbeit für das Reich sich nicht auf die Wege einseitiger Parteipolitik begeben darf, sondern alle, die die Fähigkeit und den guten Willen zur Mitarbeit haben, zusammenfassen muß. Zwischen den politischen Führern in Berlin sind die Verständigungsverhandlungen über die nach der Mordtat begangenen überleiteten Schritte bereits im Gange, und es ist zu erwarten, daß die Fehler, die dabei untergelaufen sind, alsbald richtig gestellt werden. Dann kann man hoffen, daß die plötzlich aufgerissenen Abgründe zwischen den einzelnen Volksteilen überbrückt werden und einer verständigen, nutzbringenden Zusammenarbeit keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt werden.

Die Beerdigungsfeier.

Die Leiche Erzbergers traf, von einer Ehrenwache Wiberacher Bürger begleitet, am Orte der Beisetzung ein und wurde in der Stadtparkstraße aufgebahrt. Eine Ehrenwache hielt die ganze Nacht Wache am Sarge. In einem Sonderzuge waren der Reichskanzler, die Minister und Abgeordneten aus Berlin und Stuttgart eingetroffen. Bei der Beerdigung legte nach der Rede des Reichskanzlers der Reichstagspräsident Loeb im Namen des Deutschen Reichstages einen Kranz auf den Sarg nieder. Für die gesamte Deutsche Zentrumspartei sprach Abgeordneter Beder-Arnberg. Reichskanzler Dr. Brüning ist von Wiberach nach Rabelitz weitergereist und am Freitag nach Berlin zurückgekehrt.

Die Mörder im Ausland?

Die Nachforschungen nach den Mördern Erzbergers werden durch zahllose Anzeigen und Zuschriften an die Behörden unterstützt. Es finden sich darunter aber auch Zuschriften, die nur zu dem Zweck gerichtet worden sind, um die Spur abzulenken und die Arbeit zu erschweren. Eine davon kam von Stettin, in der die Täter mitteilen, daß es ihnen gelungen sei, auf ein Schiff zu kommen, das sie nach dem Osten in Sicherheit brächte. Die Redaktion der bairischen Presse in Karlsruhe ist eine Postkarte aus Goffenbach (auf der italienischen Seite des Brenner) eingelaufen mit dem Bemerken: „Wir haben den Brenner hinter uns. Man mag in Oppenau beruhigt sein und den aufgebauten Apparat nach Hause schicken.“ Der verhaftete ehemalige Führer Ludwig von Hirschfeld bleibt vorläufig noch weiter in Haft.

Deutsch-polnische Verhandlungen in Genf?

Eine neutrale Kommission.

Der belgische Delegierte Hymans will im Völkerrundrat vorschlagen, man solle Vertreter Polens und Deutschlands zu gemeinsamen Beratungen unter Vorsitz des Grafen Jüli nach Genf berufen. So würde man, meint Herr Hymans, durch Besprechungen zwischen den schließlich und endlich doch Hauptbeteiligten am raschesten zu einer wirklichen Lösung kommen, statt die Sache durch einen Schiedsspruch von oben herab abzutun. In Genf bleibt man demgegenüber in anderen Kreisen dabei, daß der Völkerrundrat zunächst eine Kommission aus zehn an der Frage gänzlich uninteressierten Mitgliedern des Völkerrundrates, also unter Ausschluß Frankreichs und Englands, vielleicht auch Italiens, aber unter Hinzuziehung von anderen sachverständigen Persönlichkeiten, ernennen wird, und glaubt, daß das von Hymans vor-

geschlagene Verfahren erst nach Erstattung des Berichtes der Kommission in Frage kommen könnte.

Französische Quertreibereien.

Viel beachtet wird in Genf eine lange Unterredung zwischen Balfour und Bourgeois, aus der verlautet, daß eine Lösung der Frage gefunden sei. Sie soll darin bestehen, daß weder der französische noch der englische Vorschlag zur Annahme gelangt, sondern daß der Völkerrundrat eine eigene Grenzlinie ausarbeite. Das wäre also das befürchtete Kompromiß, von dem sich Deutschland schwerlich viel Gutes zu versprechen haben würde.

Von französischer Seite unterstreicht man die Notwendigkeit der Einstimmigkeit des Beschlusses und läßt die versteckte Drohung laut werden, daß Frankreich, wenn gegen seinen Willen entschieden werden sollte, durch seinen Austritt den Völkerrund sprengen werde. — Die polnische Delegation unter Führung des Senators Astanazy soll angeblich hinter den Kulissen eine rege Tätigkeit entfalten.

Die Truppentransporte.

In Dover wurde ein Bataillon der Munster-Füsiliers für Oberschlesien eingeschifft, ein zweites soll sofort folgen. Das erste aus Grenadiere bestehende italienische Bataillon ist in Oberschlesien eingetroffen, das zweite, aus Bersaglieri zusammengesetzte, soll Ende nächster Woche abfahren.

Bayern und die Reichsregierung.

Beratungen des Ministerrats in München.

Entgegen anderweitigen Meldungen hat der bayerische Ministerrat in seiner Mittwoch-Sitzung nach keine bestimmte Stellung zu den Erlassen der Reichsregierung über das Verbot des Uniformtragens und die Bestimmungen über Presse und Versammlungen genommen. Was bisher über die Stimmung im Ministerrat verlautet, ist durchweg als Vermutung zu werten, da keine amtlichen Berichte vorliegen. Wie es heißt, soll man in bayerischen Regierungskreisen überrascht gewesen sein, daß so einschneidende Maßnahmen der Reichsregierung ohne vorherige Rücksprache mit den Landesregierungen gefaßt worden sind. Wie ferner verlautet, wird der bayerische Bevollmächtigte in der Reichsratsitzung gegen verschiedene Punkte der letzten Reichsratsbeschlüsse Einwendungen erheben. Zum Uniformverbot bezieht sich Bayern auf sein Referat, die Genehmigung zum Tragen der Uniform von sich aus zu verleißen. Manche Kreise Bayerns erblicken darin einen Eingriff in die Freiheitsgewalt der Einzelländer. Die verfassungsmäßige Berechtigung des Reiches zum Erlaß der Ausnahmeverordnung werde jedoch von der bayerischen Regierung nicht in Frage gestellt, dagegen ihr eigenes Recht zur Verbeibehaltung des Ausnahmezustandes betont.

Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Einige Zeitungen behaupten, und aus parlamentarischen Kreisen wird bestätigt, daß in den nächsten Tagen durch einen Erlaß des Reichspräsidenten auch in Bayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen soll. Maßnahmen, in denen Landesregierungen Ausnahmeverordnungen erlassen haben, sind nach Artikel 48 der Verfassung auf Verlangen des Reichspräsidenten oder auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.

In der rechtsstehenden bayerischen Presse wird verlangt, daß für den Fall der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern der Landtag alsbald einberufen werden soll. Die Bayerische Mittelpartei veröffentlicht eine Kundgebung, welche den stärksten Widerspruch gegen das in der Verordnung des Reichspräsidenten angeblich enthaltene Antasten der Exekutivgewalt der Bundesstaaten und ihrer Justizhoheit erhebt. Die Verordnung des Reichspräsidenten wird als ein scharfer Vorstoß gegen Bayern und seine Regierung bezeichnet, und die bayerische Regierung wird aufgefordert, den ernstesten Widerstand zu leisten. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei erklärt, die Verordnung des Reichspräsidenten bedeute nichts anderes als die Zerstückelung der Selbständigkeit des staatlichen Verwaltungsrechts der Länder. Die neue Reichsverordnung habe den Kampf für oder gegen den Einheitsstaat in Deutschland wieder entfacht. Vom bayerischen Standpunkt aus müsse verlangt werden, daß in die bestehenden besonderen bayerischen Ausnahmegesetzungen von Reich wegen nicht eingegriffen werde.